

Fluchtursachen bekämpfen nicht die Flüchtlinge!

28.02.2015-Paul Wolff Platz



Warum?

Warum sich für Flüchtlinge einsetzen?

Warum sich überhaupt für Andere einsetzen?

Warum nicht nach der Maxime leben jede/r ist sich selbst die/der Nächste?

Weil wir meinen das dieses Denken, der Grundpfeiler dieses mörderischen Systems ist, nur durch den Einsatz für Andere entwickeln wir ein

Bewusstsein, welches es möglich macht, diese menschenverachtende Periode in der wir leben zu überwinden.

Die politischen Gefangenen überall auf der Welt gingen diesen Weg bis zum Schluss.

Auch die vierzig ermordeten Studenten aus Mexiko und ...

Im Vergleich zu diesem Einsatz ist die regelmäßige Arbeit für die Verbesserung eine Kleinigkeit. Aber gesellschaftlicher Druck und die Spaßgesellschaft verhindern den Aufbau der solidarischen Strukturen. Schade vor allem, weil niemand weiß wann er/sie diese Solidarität mal selber benötigt.



Was ist Terrorismus? Wer ist Terrorist? Ein Bericht über die Erfahrung mit Knast und Repression in Deutschland und der Türkei

Epiktet (v.c. 55-135), ein Denker der Antike, sagte einmal „Die Ursache allen Übels sind Reiche, Gauner und Könige.“ Bis heute ist diese Feststellung aktuell. Alle als schrecklich bezeichneten und unseligen Tatsachen und Begriffe entspringen dem herrschenden System selbst.

Terrorismus

„Terrorismus“ ist seit dem Anschlag auf die Twin Towers in den USA der meist diskutierte Begriff und er fasst demnach die neue Strategie des kapitalistischen Weltsystems zusammen. Ferner diene der Begriff „Terrorismus“ als Legitimation für Auseinandersetzungen zwischen Ethnien sowie für um Erdöl und Geld geführte Kriege und Angriffe. Man begann, alle antikapitalistischen und antirassistischen Organisationen, Bewegungen und Individuen als „Terroristen“ zu bezeichnen. Das Wort „Terrorismus“ wird verwendet, um auf die Bevölkerung Angst und Druck auszuüben. Wirft man jedoch einen Blick auf die realen

Gegebenheiten, stellt man fest, dass sich die mächtigsten Kräfte wie Militärs und Medien in den Händen der kapitalistischen Staatsapparate befinden. Der Staat wiederum ist ein Gebilde, das den Schutz des kapitalistischen Systems gewährleistet. Jeder Begriff wird den Interessen des herrschenden Systems entsprechend definiert, so auch der Begriff „Terrorismus“. Alles, was den freien Kapitalfluss als Voraussetzung des kapitalistischen Weltsystems verhinderte, wurde folglich als Terrorismus bezeichnet und unter Druck gesetzt. Da es jedoch der Staat ist, welcher über Waffen, Gerichtshöfe und Gefängnisse verfügt, wäre es nicht unpassend zu behaupten, dass die größte Angst und Gewalt verbreitende Terrororganisation der Staat ist.

In der Türkei im Knast

Aufgrund der Tatsache, dass ich ein antikapitalistischer und revolutionärer Journalist bin, wurde ich in der Türkei von einer bewaffneten Gruppe von Zivilpolizisten festgenommen und nach einem Folterverhör inhaftiert. Trotz der fehlenden konkreten Beweise gegen mich wurde ich in einem „Schein-Prozess“ zur lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Dies war ein skandalöses Urteil. Es gab lediglich einen Grund dafür: ich widerstand der Folter und verweigerte eine Aussage unter Polizeiverhör. Diese Haltung wurde vom Gericht als Zugehörigkeit zu einer Terrororganisation betrachtet. Für uns Linke jedoch ist dies die revolutionäre Haltung, die wir in jeder Gerichtsverhandlung bewahrten. Es ist das natürliche Recht eines jeden Menschen, sich dem Staatsterror und der Folter zu widersetzen. Fünfzehn Jahre lang saß ich ohne ein endgültiges Gerichtsurteil im Gefängnis. Das türkische Parlament hatte das EU-

Integrationsgesetz unterzeichnet. Laut einem Paragraphen dieses Gesetzestextes durfte eine Person bei einem unabgeschlossenen politischen Prozess maximal zehn Jahre in Untersuchungshaft verbringen (Mittlerweile wurde diese Zeit auf maximal 5 Jahre reduziert, Anm. d. Red.). Nachdem ich fünfzehn Jahre in Haft verbracht hatte, wurde ich aufgrund des EU-Integrationsgesetzes freigelassen. Kurze Zeit später wurde ein Gerichtsurteil zur lebenslänglichen Haftstrafe gegen mich gefällt. Dieses Urteil wurde vom Obersten Gerichtshof in der Türkei bestätigt, und es wurde ein Haftbefehl erlassen. Man hatte uns ohnehin aus dem Gefängnis entlassen unter der Auflage eines Ausreiseverbots sowie einer täglichen Meldepflicht beim nächsten Polizeirevier. Sie hatten uns entlassen müssen, hatten jedoch vor, uns erneut festzunehmen. In den Strafanstalten der Türkei befinden sich 10.000 politische Gefangene, unter ihnen Journalist*innen, Schriftsteller*innen, Lehrer*innen und eine Vielzahl an Kindern. Sie alle werden vom Regime als „Terroristen“ bezeichnet.

In Deutschland...

Das Gericht in Deutschland, wohin ich fliehen musste, hat ebenfalls ein „Terrorismus“-Urteil ausgesprochen. Aufgrund der Foltergefahr und lebenslänglichen Haftstrafe in der Türkei hat das Gericht beschlossen, mich nicht an die Türkei zu überstellen, befand jedoch das „Terrorismus“ Urteil des türkischen Gerichtshofes für gerechtfertigt. Auf der anderen Seite forderte der Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte von der Türkei Schadenersatz für meine ungerechte Verurteilung und fünfzehn Jahre währende Inhaftierung ohne jegliches Urteil. Außerdem hatte Amnesty International wegen der unbegründeten

Haftstrafe gegen mich eine Kampagne gestartet. Das Gericht in Deutschland hat demnach ein Urteil gefällt, das im Widerspruch mit jenen des Europäischen Gerichtshofes und von Amnesty International steht. Wir kämpften nämlich als Flüchtlinge seit Jahren auf den Straßen für die Änderung der rassistischen und kolonialistischen Gesetze in Deutschland und Europa und stellten für Deutschland sowie für Europa einen heiklen Umstand dar. Es ist kein Geheimnis, dass Menschen wegen Krieg und Verfolgung in Europa Zuflucht suchen. Auch, dass diese Kriege und Diktaturen von kapitalistischen Staaten geführt bzw. Unterstützt werden, wissen sie. Es ist eine Tatsache, dass viele Kriege, die in der Welt geführt werden, mit Kapital und Waffen der imperialistischen Staaten wie Deutschlands möglich gemacht werden.

...Als Flüchtling

In Deutschland sowie in anderen europäischen Staaten wird Einwanderer*innen und Flüchtlingen, die vor Diktaturen, Kriegen und Armut fliehen mussten, ein Leben in Isolation aufgezwungen. Flüchtlinge müssen sich in Isolationscamps aufhalten, fern vom gesellschaftlichen Leben, beraubt ihrer Rechte auf Arbeit und Reisefreiheit. Wir kämpfen seit Jahren auf den Straßen gegen diese unmenschlichen Bedingungen. Wir rufen auf den Straßen, dass Deutschland kein demokratischer Staat ist. Inzwischen versteht die Gesellschaft die Isolationsbedingungen der Flüchtlinge besser. Daher fühlt sich der deutsche Staat durch unseren Widerstand gestört. Nun sind die Zuständigen auf der Suche nach Wegen, um unsere Protestzelte und besetzten Häuser zu räumen. Sie versuchen, uns zu „Terroristen“ abzustempeln und die

Legitimation unserer Aktivitäten anzuschwärzen, weil wir ihre Drohungen zur Abschiebung, die Residenzpflicht und das Camp- System nicht hinnehmen und uns gegen diese auflehnen. Wir dagegen antworten darauf mit europaweiten Protesten. Im Mai und Juni werden wir von verschiedenen europäischen Städten aus eine Demonstration nach Brüssel organisieren. Bisher konnten wir uns gegen die Verbote und Isolation in Deutschland erfolgreich zur Wehr setzen. Nun nimmt der Widerstand gegen die restriktiven Gesetze in Europa neue Dimensionen an. Unser Widerstand ist ein Widerstand gegen den Staatsterror. Wir besitzen weder Waffen noch Bomben. Staaten wiederum besitzen sie und setzen sie gegen die Völker ein. Wir sind die Zielscheibe der Polizeigewalt und der Nazi- Angriffe. Dabei kämpfen wir lediglich um unsere Rechte und Freiheiten. Das kapitalistische Weltsystem scheut nicht davor zurück, jeden, der sich gegen das System und seine Gesetzgebung auflehnt, als Terroristen zu brandmarken und Gewalt gegen ihn anzuwenden. Die Freiheit kann nur auf der Straße erkämpft werden. Es lebe der Kampf des menschlichen Daseins und des gerechten Teilens.

Turgay Ulu

Übersetzung: Esin Isil Gülbeya

Flüchtlingsschutzorganisationen setzen auf praktische Hilfe mit modernsten technischen Hilfsmitteln

Von Peter Nowak

Die ausgebrannte Fähre Norman Atlantic hatte Ende Dezember für einige Tage die Medien in Deutschland beschäftigt. Nur am Rande wurde erwähnt, dass die genaue Zahl der Toten noch nicht ermittelt werden konnte, weil nicht klar ist, wie hoch die Anzahl der Geflüchteten an Bord der Schiffes war. Doch schon die häufig verwendete Metapher von den blinden Passagieren zeigt an, dass selbst bei einem solchen Unglück nicht alle Menschen als Opfer, die Hilfe bedürfen, angesehen werden.

Auf rechten Internetseiten wurde eine regelrechte Kampagne gegen die sogenannten blinden Passagiere der Norman Atlantic betrieben. Auch in der konservativen Zeitung Die Welt wird ein Szenario heraufbeschworen, dass "Reisende nicht mehr sicher sein können, in den dem mafiösen Menschenschmuggel direkt verwickelt zu werden und gar mit den Flüchtlingen auf hoher See um ihr Leben kämpfen müssen".

Gegen das Sterben im Mittelmeer und das zynische Desinteresse der Mehrheitsgesellschaft setzen Flüchtlingsschutzorganisationen und antirassistische Initiativen auf praktische Hilfe mit den modernsten technischen Hilfsmitteln. Ein Jahr nach der Schiffskatastrophe vor Lampedusa initiierte das transkontinentale Bündnis Afrique-Europe.interact den Aufruf für Alarmphones auf den Schiffen.

Nach dem Schiffsunglück vor Lampedusa bei der mehr als 200 Menschen starben, weil die Rettungsarbeiten verzögert wurden fragten die Aktivisten:

Was wäre passiert, wenn die Boatpeople einen zweiten Notruf an eine

unabhängige Hotline hätten richten können? Wenn ein Team von zivilgesellschaftlichen Akteuren sofort Alarm geschlagen und Druck zur Rettung auf die Behörden ausgeübt hätte?

Ziel ist ein Alarmnetzwerk auf beiden Seiten des Mittelmeers

, Genau hier liegt für die Initiative die Perspektive. Das ambitionierte Ziel ist die Etablierung eines zivilgesellschaftlichen Alarmnetzwerks auf beiden Seiten des Mittelmeers. Seit dem 10. Oktober 2014 arbeiten die Aktivisten in Kooperation mit dem Projekt Watch the med, das Menschenrechtsverletzungen gegenüber Geflüchteten im Mittelmeer dokumentiert, eng zusammen.

Das alternative Alarmtelefon ist rund um die Uhr besetzt und wird von einem mehrsprachigen Team getragen. Geflüchtete notieren sich, bevor sie ins Boot steigen, die Nummer des Alarmphones und können dann dort anrufen, wenn sie mitbekommen, dass ihr Schiff Probleme mit den Naturgewalten oder den verschiedenen staatlichen Mächten bekommen, die sie daran hindern wollen, dass sie ihr Ziel erreichen.

Die wichtigste Fragen, die dann geklärt werden muss, ist die Lage und der Zustand des in Not geratenen Bootes. Mit den genauen GPS-Daten können die Aktivisten auf der Homepage vesselfinder.com eruieren, wo sich das Boot im Mittelmeer genau befindet.

Allerdings ist den Aktivisten auch klar, dass sie im Ernstfall selber keine Rettungsaktionen vornehmen können. Die Vorstellung, sie könnten ein eigenes Schiff chartern, das im Mittelmeer

schippert und auf einen Notruf hin Geflüchtete rettet, geht an den Realitäten im Mittelmeer vorbei. Die Kriminalisierung der Crew der Cap Anamur, die im Jahr 2004 37 Geflüchtete aus Seenot gerettet hatte, zeigt wie eng die Grenzen für Humanität sind. Daher setzen die Aktivisten auch eher auf eine kritische Öffentlichkeit die sie im Notfall zu mobilisieren gedenken.

In dem Aufruf wird ihr Vorgehen so beschrieben:

Allen Betroffenen in Seenot raten wir, zuerst die offiziell verantwortlichen Rettungskräfte zu alarmieren. Wir werden zudem selbst die Küstenwachen anrufen, ihre Handlungen verfolgen und ihnen deutlich machen, dass wir informiert sind und sie beobachten. Sollten sie nicht reagieren, werden wir allen erdenklichen politischen und öffentlichen Druck aufbauen, um sie dazu zu zwingen. Wir werden Schiffskapitäne in der Nähe des Unglücksortes alarmieren wie auch internationale Journalisten, wir informieren engagierte Würdenträger aller Konfessionen und prominente Unterstützer. Wir nutzen die kritische Netzöffentlichkeit für Just-in-Time-Kampagnen und rufen alle auf, sich an der Entwicklung weiterer kreativer Interventionsformen zu beteiligen.

Keine Garantie für Rettung

Natürlich gibt es keine Garantie dafür, dass die kritische Öffentlichkeit schnell genug mobilisierbar ist und dass dieser Schritt dann Konsequenzen für die verantwortlichen Behörden hat. Man muss ja auch bedenken, dass oft nur wenige Stunden über Leben und Tod der in Not geratenen Menschen entscheiden können.

Deshalb versucht die Initiative bei den Transfersuchenden auch dem Eindruck entgegenzuwirken, mit der Nummer für das Alarmphone wäre die Überfahrt gefahrloser. Doch die Initiative, die noch wächst, zeigt auch, dass es Möglichkeiten gibt, das stille Sterben von Geflüchteten in Afrika nicht einfach hinzunehmen. Mit den Möglichkeiten der modernen Technik und einer kleinen Gruppe engagierter Menschen aus mehreren Kontinenten zeigen sie eine Alternative zur bisherigen Politik der Flüchtlingsabwehr auf.

Würde das Know How, das Frontex und andere Organisationen einsetzen zur Verfügung zu Rettung der Menschen verwendet, könnte das Sterben im Mittelmeer schnell beendet werden. Dass es nicht geschieht, ist politisch gewollt.

Wegschauen, statt Flüchtlige retten

Florian Rötzer 30.10.2014

Für die britische Regierung verstärkt Seenotrettung die Flüchtlingsströme, Italien reduziert Mare Nostrum, die EU führt die Operation Triton zum Schutz der Grenzen ein

Die italienische Regierung will aus Kostengründen die Rettungsoperation Mare Nostrum einstellen. 130.000 Menschen konnten im Mittelmeer gerettet werden, auch wenn tausende Flüchtlinge beim Versuch der Überquerung ertrunken sind. Der italienischen Regierung kostete die Operation etwa 9 Millionen Euro im Monat. Weil sich die übrigen europäischen Länder daran nicht finanziell beteiligen wollten, wird die Operation jetzt zwar anscheinend noch nicht gleich beendet, wie dies angekündigt worden war, aber reduziert. Ab 1. November wird die

Operation der EU-Grenzschutzagentur Frontex mit Namen Triton starten.

Triton soll nur 2,8 Millionen Euro im Monat kosten und wird nur in der Nähe der italienischen Küste das Gewässer überwachen, während Mare Nostrum auch noch bis in den libyschen Seeraum Rettungen vornahm. Angenommen wird, dass Triton weniger der Seenotrettung dient, sondern vor allem der Grenzkontrolle und der Abwehr von Flüchtlingen. So erklärte der Frontex-Chef Gil Arias Fernandez, die primäre Aufgabe der Operation sei die Grenzkontrolle, er müsse jedoch betonen, "dass wir wie in allen unseren maritimen Operationen die Rettung von Menschenleben als eine absolute Priorität für unsere Behörde betrachten". Allerdings forderte er noch Anfang Oktober die EU-Mitgliedsländer technische Hilfen wie Schiffe oder Flugzeuge zur Verfügung zu stellen. Frontex sieht die Luftüberwachung als primär zur "Früherkennung" an.

In einem Interview sagte Fernandez, dass 2014 trotz Mare Nostrum "deutlich mehr" Flüchtlinge ertrunken seien, was mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen zu tun habe, aber auch mit den Schleppern. Die würden "wesentlich mehr Flüchtlinge auf ihren Booten unterbringen und diesen weniger Lebensmittel, Wasser und Benzin mitgeben, seit Mare Nostrum eingerichtet wurde. Sie missbrauchen die Operation. Das erhöht das Risiko für die Flüchtlinge sogar noch."

Ogleich er genau dies suggerierte, will Fernandez dies nicht so verstanden haben, als sei Mare Nostrum oder eine Rettungsoperation kontraproduktiv. Das sei eine "Verdrehung" dessen, was er gemeint habe, um dann anzufügen: "Mare Nostrum hat schließlich tausende Leben gerettet. Doch ich sage auch, dass die Schlepper die Reichweite von Mare Nostrum ausnutzen." Zudem machte er auch klar, dass es um die Überwachung der Grenzen bei Triton gehe, es gebe keinen Auftrag, Flüchtlinge zu retten, was gleich wieder zu rhetorischen Erklärungen führt: "Das bedeutet nicht, dass wir Flüchtlinge, die in Seenot geraten, nicht retten. Faktisch machen wir das natürlich sehr oft. Doch anders als die Flotte von Mare Nostrum fahren wir nicht raus, um gezielt nach Flüchtlingsbooten zu suchen."

Fernandez ist mit seiner Meinung nicht alleine, Mare Nostrum für den Anstieg der Flüchtlinge mit verantwortlich zu machen, die man nicht haben will. Noch direkter hat dies die britische Außenministerin Lady Anelay deutlich gemacht, die vermutlich nur klar ausspricht, was die Meinung der meisten EU-Regierungen sein dürften. Sie erklärte, dass Großbritannien keine "geplanten Such- und Rettungsoperationen im Mittelmeer" mehr unterstützen werde, was im Klartext heißt, dass man wegschauen und Flüchtlinge ertrinken lassen will. Begründet wird dies von ihr damit, dass es bei solchen Rettungsoperationen "einen unbeabsichtigten Pull-Faktor" gebe, "der mehr Migranten bestärkt zu versuchen, das gefährliche Meer zu überqueren und des deshalb zu mehr tragischen und unnötigen Toden führt".

Nach ihr sieht die britische Regierung "die effektivste Methode zur Verhinderung der Versuche dieser gefährlichen Überquerung von Flüchtlingen und Migranten darin, unsere Aufmerksamkeit auf die Herkunfts- und Transitländer zu konzentrieren und Schritte zu unternehmen, um die Menschenschmuggler zu bekämpfen, die absichtlich Menschenleben riskieren, indem sie Migranten in nicht geeignete Boote packen". So dreht man also die Argumentation um, nämlich dass die eigentlich humanitäre Hilfe darin besteht, die Flüchtlinge nicht flüchten oder sie dann halt zur Abschreckung ertrinken zu lassen. Aus diesem Grund nimmt Großbritannien nicht einmal an der Operation Triton teil, vermutlich deswegen, weil eben unbeabsichtigt und entgegen des Auftrags womöglich doch Flüchtlinge in Seenot gerettet werden müssen.

Die schroffe Haltung der britischen Regierung blieb nicht unkommentiert. So sagte Maurice Wren vom British Refugee Council, diese scheine zu vergessen, dass die größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg herrsche: "Menschen, die vor Grausamkeiten fliehen, werden nicht aufhören zu kommen, wenn wir keine Rettungsringe mehr auswerfen." Es sei durchaus vernünftig, ein unsicheres Boot zu besteigen, wenn das eigene Leben bedroht ist. Die Entscheidung werde zu dazu führen, dass noch mehr Menschen vor der Schwelle Europas sterben. Heute bezeichnete sie die Entscheidung als einen "Affront für die grundlegende Menschlichkeit".

Auch Labour-Abgeordnete wie Mark Lazarowicz wiesen in einer Debatte im Parlament darauf hin, dass die Menschen vor "Kriegen, Armut und Verhungern" fliehen und wissen, was heißt, sein Leben zu riskieren. Die Seenotrettung einzustellen, sei nicht nur "grausam und inhuman, sondern widerspreche auf jeder Logik", da die Menschen so verzweifelt sind, dass sie die Reise auf jeden Fall antreten werden. Oder Ian Lucas erklärt, dass Großbritannien Luftangriffe in Syrien unterstützt. Es sei eine "moralische Verpflichtung", Menschen zu helfen, die aus Kriegsgebieten flüchten, in denen Großbritannien beteiligt ist. Für die Regierung erklärte James Brokenshire, zuständig für Zuwanderung im Innenministerium, es sei eben die "harte Wirklichkeit", dass mehr Menschen während der Rettungsmissionen von Mare Nostrum gestorben seien:

Since Italy launched its Mare Nostrum operation in October 2013, there has been an unprecedented

increase in illegal immigration across the Mediterranean and a fourfold increase in the deaths of those making that perilous journey. The operation has been drawn closer and closer to the Libyan shore, as traffickers have taken advantage of the situation by placing more vulnerable people in unseaworthy boats on the basis that they will be rescued and taken to Italy. However, many are not rescued, which is why we believe that the operation is having the unintended consequence of placing more lives at risk, and why EU member states have unanimously agreed that the operation should be promptly phased out.

James Brokenshire Der italienische Admiral Filippo Foffi erklärte, dass die Regierung bislang Mare Nostrum noch nicht gestoppt habe. In internationalen Gewässern müsse eine Kooperation zwischen Triton und Mare Nostrum stattfinden. Klar scheint nur zu sein, dass der Umfang der Seenotrettungsmission der italienischen Regierung erst einmal reduziert.

Hört auf Ungerechtigkeit zu legitimieren und legitimiert Gerechtigkeit für Flüchtlinge 2015

Submitted by [Karawane Wittenberg](#) on Thu, 02/19/2015 - 20:21.

Legalisiert alle Flüchtlinge mit "Duldung" Status über viele Jahre und hört auf Flüchtlinge zu zerstören und zu verfolgen!

Wir sind Flüchtlinge, die legal registriert sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der BRD.

Wir sind zunächst dezentralisiert zu den unterschiedlichen ZASTen in den verschiedenen deutschen Bundesländern verteilt worden, um unsere Gründe zu hören, weswegen wir unsere unterschiedlichen Länder oder die Länder in denen wir zuletzt lebten verließen. Später wurden wir in die verschiedenen Landkreise weiter verteilt. Dort wurden wir genötigt zu bleiben und zu leben unter dem Vorwand der "Aufenthaltsgestattung" und "Duldung". Wir werden unterjocht von dem Ministerium für Inneres, dem Bundesamt für Migration und Flucht und der lokalen Ausländerbehörde.

Durch praktische Erfahrungen und Analysen stellten wir fest, dass die administrativen Instanzen des BAMF durch Manipulation und Machtmissbrauch mit dem Ziel uns ausgrenzen oder unsere legalen Asylanträge innerhalb von 3 Monaten ablehnen. Dies macht es möglich unseren rechtlichen Status (Duldung) beizubehalten und gleichzeitig uns zu nötigen beim Verwaltungsgericht einen Widerspruch ein zu legen. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Judikative unabhängig ist. Ist das Verwaltungsgericht wirklich unabhängig? Oder sind sie unter dem Einfluss des BAMF und des Innenministeriums?

Dieser Zwang einen Widerspruch einzulegen, macht es aus vielen Gründen für viele von uns schwierig den Widerspruch richtig zu stellen: aus fehlenden Sprachverstehen, aus fehlender finanzieller Unterstützung. Das, was auf Deutsch während der Erstbefragung aufgeschrieben wurde, deckt nicht alle gemachten Erklärungen

genau ab/ ist ungenau. Es stellt sich die Frage, ist dies von ihnen so gewollt? Einige von uns stellten den Widerspruch unter Druck.

Dieser Fakt betrifft uns alle, die wir aus einem so genannten 3. Welt Land kommen. Die zuständigen Behörden zwingen uns unter den Status der "Duldung", erniedrigen und unterdrücken uns für viele Jahre. Obwohl viele von uns nicht vom Schengen Abkommen betroffen sind. Ebenfalls waren viele von uns in den unterschiedlichen Ländern aus denen wir kommen oder in denen wir zuletzt lebten sozial, ökonomisch und politisch desintegriert.

Sie verweigern uns das Recht zu arbeiten. Sie verweigern uns das Recht auf Bewegungsfreiheit. Sie erkennen uns, um uns zu kriminalisieren wenn wir illegal arbeiten. Sie erkennen uns, um uns zu kriminalisieren wenn wir unsere Bewegungsfreiheit nutzen. Sie erkennen uns, um uns zu isolieren und in verschiedenen verlassenen Flüchtlingslagern unterzubringen. Sie erkennen uns, um uns unsere Existenzrecht vor zu enthalten.

Es ist eine Schande für die deutsche Regierung, dass sie in diesem 21. Jahrhundert, in der die Welt ein Multipolares System ist und die Weltwirtschaft liberalisiert und globalisiert ist, den Flüchtlingen aus unterschiedlichen Kontinenten das Recht abspricht zu Arbeiten, auf Freiheit, legal zu Leben - und das für mehr als 10 Jahre.

Basierend auf den oben genannten Gründen, sind wir überzeugt, dass der gewollte Ausschluss nicht die beste Lösung für die Entwicklung der Welt ist, sondern viel mehr der Einschluss/ die Inclusion ist die beste Lösung.

Deshalb sind für uns all jene, die uns praktisch zerstören und verfolgen, verantwortlich und wir verlangen die gerechtfertigte Ungerechtigkeit zu stoppen und Gerechtigkeit durch zu setzen

Wir fordern, dass alle Flüchtlinge mit Duldungs-Status über viele Jahre, einige seit 8, 9, 10, 15 und mehr Jahren, in der BRD legalisiert werden müssen. Wir müssen das Recht auf Bewegungsfreiheit, das Recht zu Arbeiten, das Recht auf eine legale Existenz und das Recht auf Schutz ohne Kompromisse bekommen.

English: Sachsen Anhalt: Stop Legitimizing Injustice and legitimate Justice for Refugees 2015

Flüchtlingsbewegung Sachsen Anhalt, The Caravan for the Right of Refugees and Migrant and The Voice Refugee Forum

<http://refugeeinitiativewittenberg.blogspot.de/2015/02/hort-auf-ungerech...>

Residenzpflicht ist ein Apartheid- Gesetz

Submitted by [thevoicejena](#) on Thu, 02/12/2015 - 05:56.

Flüchtlingsaktivisten aus Schwäbisch Gmünd wehren sich gegen jedes „Gesetz“, das ihre natürlichen Menschenrechte untergräbt

Das so genannte „Residenzpflicht“- Gesetz – oder besser das deutsche Apartheid-Gesetz – von dem behauptet wird, dass es in diesem angeblich demokratischen Rechtsstaat Deutschland seit letztem Jahr ‚abgeschafft‘ wäre, wird noch immer exekutiert.

Dieses Gesetz, das willkürliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen postuliert, ist ein rassistisches Gesetz und wir lehnen es strikt ab.

Aufgrund dieses Gesetzes werden wir noch heute mit gerichtlichen Androhungen und Briefen bedroht, weil wir am 17. April 2014 nach Jena gereist sind. Im Zug nach Jena wurden wir von zwei Bundespolizisten gezielt angesprochen und kontrolliert. Seitdem werden wir fortlaufend von den Behörden und Gerichten verfolgt, wahlweise ein Bußgeld für die Ausübung unserer eigenen Bewegungsfreiheit zu zahlen oder bei Nicht-Zahlung zur Erziehungshaft ins Gefängnis gesperrt zu werden.

Wie unser Freund und Mitflüchtling Raphael es ausdrückt, ist das Residenzpflicht-Gesetz ein Gesetzesmissbrauch, da es darauf ausgelegt ist, Flüchtlinge von der Gesellschaft zu isolieren und hierdurch sowohl das fundamentale Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit, als auch

das Gebot zur Achtung der Menschenwürde und Gleichstellung aller Menschen sowie das Diskriminierungsverbot des deutschen Grundgesetzes verletzt. Wir haben uns alle gemeinsam der beispielhaften Entscheidung unseres Freundes Franklin angeschlossen und verweigern die Zahlung eines Bußgeldes für die praktische Ausübung unserer Bewegungsfreiheit. Die Zahlung eines solchen, ungerechtfertigten Bußgeldes würde bedeuten, den Gesetzesmissbrauch zu legitimieren und ein rassistisches „Gesetz“ zu befolgen. Wir stimmen Farooq Khan zu, dass es eine Schande ist, dass dieses Apartheid-Gesetz noch immer und ausschließlich in Deutschland praktiziert und juristisch verfolgt wird.

Die Propaganda, dass das Apartheid-Gesetz der Residenzpflicht abgeschafft worden sei, ist ein politischer Skandal. Wir werden noch heute von den Staatsorganen in Schwäbisch Gmünd kriminalisiert, die versuchen, uns ausschließlich repressive Optionen aufzuzwingen: entweder „freiwillig“ Bußgeld wegen „Verletzung“ des Apartheid-Gesetzes zu zahlen oder aber in Erziehungshaft genommen zu werden, um diese Zahlung zu erpressen. Wir aber haben uns für eine andere Option entschieden – wir sind bereit ins Gefängnis zu gehen, um unseren Kampf bis zu Ende zu kämpfen. Wir rufen alle Flüchtlinge und Menschenrechtsaktivisten auf, sich mit unserem Widerstand in zivilem Ungehorsam zu solidarisieren und in unserem gemeinsamen Interesse zu intervenieren.

Wir Flüchtlingsaktivisten aus Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis) fragen uns ernsthaft, warum Flüchtlinge in Deutschland noch immer dafür mit krimineller Verfolgung überzogen werden, nur weil sie sich von einer Stadt in eine andere bewegen.

Bekanntnisse der Aktivisten aus Schwäbisch Gmünd (im Wortlaut):

Leke

Die Apartheid-Verfolgung gegen uns erfolgt nur deswegen, weil wir zu einem Workshop nach Jena über die Asyl- und Abschiebesituation in Deutschland gefahren sind.

Nur wegen des sogenannten Residenzpflicht-Gesetzes haben wir Bußgelder in Höhe von 126€ erhalten oder werden ins Gefängnis geschickt. Aber wir haben uns entschlossen lieber ins

Gefängnis zu gehen, weil wir es ablehnen irgendein Gesetz zu respektieren, das gegen unsere fundamentalen Menschenrechte verstößt, denn es gibt keine Grenze, die unsere Bewegungsfreiheit stoppen könnten. Wir rufen nun alle Flüchtlinge aus allen Teilen Deutschlands, Aktivisten, Studenten, interessierte Politiker, Anwälte zur Solidarität in unserem gemeinsamen Kampf gegen dieses Apartheid-Gesetz der Residenzpflicht auf.

Raphael

Die Residenzpflicht ist ein rassistisches Gesetz, weil es Flüchtlinge von der Gesellschaft ausschließt und das fundamentale Recht von Menschen auf Bewegungsfreiheit vergewaltigt. Die Flüchtlingsinitiative Schwäbisch Gmünd lehnt es lautstark ab, ein solches Gesetz stillschweigend zu ertragen.

Wir wurden beschuldigt, gegen dieses rassistische Gesetz verstoßen zu haben, weil wir einfach nur unser Recht auf Bewegungsfreiheit wahrgenommen haben. Wir haben ein Bußgeld auferlegt bekommen, aber wir lehnen es einfach ab. Wir haben verschiedenste Einschüchterungsschreiben erhalten, in denen uns angedroht wird, ins Gefängnis geworfen zu werden, wenn wir dieses Bußgeld nicht bezahlen sollten. Wir (Flüchtlingsinitiative Schwäbisch Gmünd) haben öffentlich erklärt, dass wir nicht für unsere Bewegungsfreiheit bezahlen werden, weil Bewegungsfreiheit für jeden Menschen gilt. Wir rufen die Menschenrechtsaktivisten in Deutschland und der ganzen Welt auf, sich für unsere Situation einzusetzen.

Franklin

Wir Flüchtlingsaktivisten aus Schwäbisch Gmünd stehen für eine Verurteilung eines jeden Gesetzes, das unsere Menschenrechte untergräbt. Das sogenannte Residenzpflicht- oder Apartheid-Gesetz, das eigentlich längst abgeschafft sein soll, existiert noch immer in diesem demokratischen Staat Deutschland. Dieses Gesetz, das die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen einschränkt, ist ein rassistisches Gesetz, welches wir scharf verurteilen. Wir sind noch heute von diesem Apartheid-Gesetz betroffen, weil wir letztes Jahr zu einem Workshop über Abschiebungen und zur Vorbereitung des 20. Jubiläums von The VOICE Refugee Forum Germany nach Jena gereist sind. An diesem 17. April 2014 wurden wir im Zug von 2 Bundespolizisten gezielt angesprochen und

kontrolliert. Als wir fragten „warum nur uns?“, antworteten diese „wir tun nur unsere Pflicht.“ Und fuhren damit fort, uns zu erklären, dass es uns nicht erlaubt sei, uns in Jena aufzuhalten. Daraufhin antworteten wir ihnen, dass jeder Mensch das Recht auf Bewegungsfreiheit hat. Seitdem werden wir von Staatsbeamten in Schwäbisch Gmünd kriminalisiert und vor die Wahl gestellt, entweder ins Gefängnis zu gehen oder 126€ wegen Verstoßes gegen das Apartheid-Gesetz zu zahlen. Wir haben entschieden, nicht für unsere Bewegungsfreiheit zu zahlen, weil eine Zahlung die Anerkennung dieses Gesetzes bedeuten würde und Bewegungsfreiheit außerdem jedem Menschen nach dem deutschen Grundgesetz garantiert ist. Wir befinden uns in einer schwierigen Situation, weil wir als Unruhestifter gebrandmarkt werden, nur weil wir unsere grundlegenden Rechte einfordern. Deswegen rufen wir nach deutschlandweiter Solidarität, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass dieses rassistische Gesetz auch wirklich beendet wird.

Wir sind bereit so weit zu gehen, wie es dafür notwendig ist und kein Versuch der Erniedrigung oder Repression wird uns von unserem Aktivismus abhalten können.

Farooq Khan

Hallo, ich bin gegen das Residenzpflicht-Gesetz, weil dieses Gesetz meine Bewegungsfreiheit verhindert. Ich bin gegen dieses Apartheid-Gesetz, weil es nur in Deutschland und sonst keinem anderen Land Europas existiert. Wir sind von diesem Gesetz betroffen, weil wir von Schwäbisch Gmünd nach Jena zu einem Workshop gereist sind. Deswegen wurden wir in Jena am Bahnhof aufgehalten und es wurde gesagt, dass es uns nicht erlaubt sei, außerhalb Baden-Württembergs zu reisen. Wir wurden nicht nur einfach kontrolliert, sondern rassistisch kontrolliert. Jetzt sollen wir Strafe für unsere Bewegungsfreiheit zahlen, aber ich frage mich, warum ich für meine Bewegungsfreiheit bezahlen muss? Nein! Ich werde nicht für mein Recht bezahlen!

Nun sagen uns alle Rechtshüter in Schwäbisch Gmünd, dass wir bezahlen müssen oder aber ins Gefängnis gehen, bis wir bezahlen. Wir aber haben eine andere Wahl getroffen und sind bereit ins Gefängnis zu gehen und bis zum Ende zu kämpfen. Wir rufen jeden Flüchtling dazu auf, uns zu unterstützen, denn wir brauchen die Solidarität jedes Einzelnen, um gegen dieses

Residenzpflicht-Gesetz zu kämpfen, denn ich glaube daran, dass wir gemeinsam dieses Gesetz für jeden von uns beenden können. Damit wir uns frei und ohne Angst überall in Deutschland bewegen können.

+++++

»Ich habe viel für dich bezahlt«

Zeitungsartikel des Journalisten Peter Nowak

20. Februar 2015

Einblick in den Alltag von Hausangestellten in Europa

Eigentlich ist Tia H. aus Indonesien zum Studieren nach Hamburg gekommen. Stattdessen arbeitete sie für ein Taschengeld von 400 Euro rund um die Uhr in einem wohlhabenden Hamburger Haushalt. »Ich habe von Montag bis Sonntag gearbeitet, durchschnittlich 12 bis 14 Stunden. Nur sonntags weniger, bis 18 Uhr«, erzählt Tia H. in dem Film »Dringend gesucht – Anerkennung nicht vorgesehen – Hausangestellte erstreiten ihre Rechte«.

Der 65-minütige Film der Regisseurin Anne Frisius soll die Zuschauer motivieren, den Kampf der Menschen zu unterstützen, die in den Ländern Europas ohne Papiere arbeiten und besonders unter Ausbeutung leiden. Es sind Frauen wie Rosita P., der in Peru von einer Arbeitsagentur versprochen wurde, legal in Holland als Hausangestellte arbeiten zu können. Kaum war sie angekommen, gebärdete sich ihr Chef wie ein Sklavenhalter. »Ich habe viel für dich bezahlt«, habe er zu ihr gesagt. »Seine« Angestellte musste von 7 bis 20 Uhr im Haushalt arbeiten und durfte das Haus nicht verlassen. Im fremden Land, ohne Sprachkenntnisse und auf sich gestellt, suchte Rosita P. im Internet Unterstützung und fand sie bei Frauen wie Ellen Willemsen, die sich in der Nichtregierungsorganisation Fairwork gegen die Ausbreitung der modernen Sklaverei engagiert. Betroffen sind Tausende Hausangestellte, die aus Lateinamerika oder Asien mit dem Versprechen

auf einen legalen Status nach Europa gelockt werden.

Der Film zeigt, wie sich die Frauen wehren. In Holland riefen Hausangestellte ohne Papiere die Organisation United Migrant Domestic Workers (UDMW) ins Leben. Zu den Gründerinnen gehörte die in Kolumbien geborene Francia Geleano, die 23 Jahre ohne Papiere arbeitete. Bei ihrem Kampf werden die Frauen vom niederländischen Gewerkschaftsbund FNV unterstützt. Für den Sekretär Mari Martens eine Selbstverständlichkeit: »Für mich gibt es nur zwei Sorten von Arbeitern – Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder«, sagt Martens und erteilt damit allen Aufteilungen nach Nation oder Geschlecht eine Absage. Im Film ruft er die deutschen Kollegen auf, sich für Migranten mit und ohne Papiere zu öffnen. »Wir helfen euch dabei«, versprach er und bekam bei der Premiere des Films in der Berliner Bundeszentrale von ver.di Extraapplaus.

Der Film gibt den Initiativen Rückenwind, die sich im DGB für diese Öffnung einsetzen. Sechs gewerkschaftliche Beratungsstellen für Menschen ohne Papiere gibt es derzeit. Der Film ist ein Plädoyer für die Ausweitung dieser Arbeit. »Die Mitgliedschaft bei ver.di soll unabhängig von Aufenthaltsstatut und Arbeitsgenehmigung sein«, heißt es in Anträgen, die für Gewerkschaftskonferenzen vorbereitet werden. Die Begründung ist einfach: »Die Gewerkschaften sollen alle Arbeitnehmer, einschließlich der Schwächsten, vertreten.« Vielleicht trägt Anne Frisius' aufrüttelnder Film dazu bei, dass sich diese Position durchsetzt.

[MS] Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Created on: 19.02.2015

Münster. Anlässlich der bereits zum zweiten Mal stattgefundenen Anti-MÜNGIDA-Demonstrationen, haben wir in einem kleinen Handout versucht, auf die Ursachen für das Erstarken von Bewegungen wie PEGIDA hinzuweisen:

Aus lauter cleveren Mündern hören wir, dass mensch die Sorgen der PEGIDA-Bewegung verstehen müsse. Wir haben jedoch den Eindruck, dass im öffentlichen Diskurs weder der Ursprung der Sorgen, noch die Sorgen an sich verstanden werden. Daher dieser kurze und knappe Flyer.

In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es einen ständigen Konkurrenzkampf um Teilhabe, materielle Ressourcen und Ansehen. Diese Auseinandersetzung findet nicht nur horizontal gegen Arbeitskolleg_innen, Mitschüler_innen oder Mitglieder_innen der gleichen Gehaltsklasse oder Berufsstandes statt. Bewegungen wie PEGIDA führen diesen Kampf auch vertikal nach unten aus. Obwohl sie zum Großteil Anhänger_innen einer leicht gehobenen Mittelschicht sind, nehmen sie die Chance wahr als Gruppe der Angestellten und Bürger_innen die Schuld für ihre Abstiegsängste bei denen zu suchen, denen es noch schlechter geht: Den Ausgegrenzten bspw. Migrant_innen, Muslime und Geflüchtete. Im Kapitalismus ist dies ein Phänomen, welches immer zu beobachten ist.

Statt sich mit Herrschaft, neoliberaler Politik und der eigenen kapitalistischen Lebensweise auseinanderzusetzen, wird wenigstens weniger Privilegierte der ganze große Haufen an

Problemen projiziert wird. Wären es nicht Muslime, dann wären es Obdachlose, ALG 2-Empfänger_innen oder andere Menschengruppen, die die Gesellschaft zu einer homogenen Masse erklärt und ausgegrenzt. So zeigt sich, dass der spezielle

Sozialchauvinismus den z.B.: Sarrazin ausgeübt hat, wie auch die neue rassistische Mobilisierungswelle in Deutschland so nur in einer kapitalistischen Gesellschaft funktionieren kann.

Um die Sorgen der Menschen wirklich zu verstehen, braucht es daher eine antikapitalistische Basis. Um ein Erstarken rassistischer Vorurteile und reaktionärer Lösungsansätze zu vermeiden, ist es wichtig den Rassist_innen von PEGIDA den Dialog zu verweigern, da ihre Meinungen auf irrationalen, kontrafaktischen und menschenfeindlichen Vorstellungen über die Realität beruhen.

Neugierig geworden?

Created by: PLAN A - Anarchistische Gruppe Münster.



Wenn sie mit dem Verein für politische Flüchtlinge Kontakt aufnehmen möchten: Jeden Donnerstag 16:00 bis 18:00 Uhr

c/o Die Brücke International

Wilmergasse 2 - 48143 Münster

vfpf@gmx.net

www.kultur-revolution.com